

Der Provokateur, die religiöse Propaganda und der Volkszorn**Mohammed und die Karikaturen. Die ganze Geschichte unterm Strich (von John Hansen und Kim Hundevadt)**

In der aktuellen WELTWOCHE protokollieren John Hansen und Kim Hundevadt, Redakteure der dänischen Tageszeitung Jyllands-Posten, den Karikaturenstreit, den religiöse Propagandisten, die mit der Struktur der faschistischen Propaganda bestens vertraut sind, dazu nutzten, den berechtigten Zorn von Millionen Menschen über die schlechten Herrschaftsverhältnisse, auf ihre schwarzen Mühlen zu leiten, die das schwarze Mehl mahlen, das die schlechte Herrschaft braucht, um sich erhalten und wachsen zu können. Die „religiösen Gefühle“, an die sie appellieren, sind das verinnerlichte Ohnmachts-, Angst- und Minderwertigkeitsgefühl des autoritär-masochistischen Charakters. Weit davon entfernt, über die Sozio- und Psychogenese dieses Gefühl aufzuklären, es durcharbeiten mit dem Ziel, dass die Menschen davon frei werden, sich von der Macht der anderen und der eigenen Ohnmacht nicht mehr dumm machen lassen und ihre eigenen Kräfte als gesellschaftlicher Kräfte bewusst werden, manipulieren sie die zum subjektiven Gefühl verinnerlichte und damit verkehrte reale Ohnmacht und Hilflosigkeit, indem sie sich und ihren Glauben jenen, die sich hilflos, schwach und minderwertig fühlen, als rettende Kraftquelle anbieten und ihnen versprechen, dass die Identifikation mit dieser Macht ihnen den Wert, die Größe und die Macht zurückgibt, die sich bei sich so schmerzlich vermissen. Der angebliche Volkszorn der Muslime, der sich bei den Massendemonstrationen in Kairo, Teheran, Saudi-Arabien oder sonst wo auf der Welt entlud, war sozialpsychologisch von derselben Art, wie der „Volkszorn“, der sich in der Reichspogromnacht in Deutschland entlud, und ihr „verletztes religiöse Gefühl“ von derselben Art wie das verletzte „gesunde Volksempfinden“, das sich in der Reichspogromnacht angeblich Bahn brach. Es war ein inszenierter Zorn und eine inszenierte Kränkung. Wer sich „gekränkt“ zeigte, seine „zornige Stimme“ erhob, Botschaften und Kirchen in Brand steckte und den ein oder anderen Westler, Christen oder Juden malträtierte, wusste, dass er im vollen Einverständnis mit der Macht handelte, die zur Demonstration des Volkszorns aufgerufen hatte. Sein Protest gegen die dänischen Karikaturisten war ein Akt des Gehorsams und der Selbstunterstellung unter jene Mächte, die ihn schlagen, die er aber womöglich zu „lieben“ gelernt hat, weil anders er in dieser Welt der

religiös verbrämten rohen Gewalt nicht durchzukommen weiß. Er war ein Akt der Unterwerfung unter die Gewalt, die ihn schlägt, und die ihm, um die Schläge vergessen zu machen, die Erlaubnis gibt, identifiziert mit der Macht, selber schlagen und zu verfolgen. Sie war mit anderen Worten ein ganz und gar konformistischer Protest, ganz so wie die Äußerung des deutschen Volkszorns 1938 ein durch und durch konformistisches Pogrom war. Der von der Macht Geschlagene wird zu ihrem Schläger. Er erlebt das unbewusst als eine „Wiedergutmachung“ für das, was ihm selbst geschah. Er schlägt die Falschen, wiederholt an anderen Unschuldigen, was ihm geschah, und perpetuiert das Unheil, das ihn traf. Aber gleichwohl verschafft ihm die Tat, die sich als Protest gibt und doch die pure Unterwerfung ist, eine gewisse Ersatzbefriedigung. Denn im Schreien, Drohen und Schlagen vereint mit dem Kollektiv, sei es nun „das deutsche Volk“ oder die „islamische Nation, fühlt er sich stark, mächtig und groß und bekommt in der Einbildung etwas von dem zurück, das er bei sich als Individuum in dieser allem Individuellen feindlichen Welt so schmerzlich vermisst. Im Schlagen mit dem Kollektiv vereint, kann er seine Frustration und Aggression endlich einmal rauslassen. Sie trifft zwar die Falschen und Unschuldige und das ahnt der protestierende Konformist und unterwürfige autoritäre Charakter auch, aber die Macht, die ihn schlägt und die er zu lieben gelernt hat, steht ihm jederzeit hilfreich beiseite, diese Ahnung rasch und gründlich zu verdrängen. Sie liefert ihm jene Rationalisierungen frei Haus, die ihn darin bestärken, dass die heimische Obrigkeit und erst recht ihre religiösen Fürsprecher unschuldig sind, nur im Dienste der göttlichen Gerechtigkeit agieren und jene anderen dort draußen, dänische Karikaturisten z. B., die „ihre“ Religion als Herrschaftsform denunzieren, oder der liberale dänische Staat, der solche Kritik zulässt und sich dem Verdikt des islamischen Klerus nicht beugt, Schuld an seinem Elend und seiner Kränkung sind, er also die Richtigen trifft, wenn er Dänen oder Christen, stellvertretend für die die Karikaturisten, denen er nicht habhaft werden kann, schlägt und dänische Botschaften in Brand setzt. Der religiöse Bannspruch, die Fatwa, ist über jene Kritiker verhängt, die die Zivilcourage hatten, den religiösen Fundamentalismus als Form roher, gewaltsamer Herrschaft zu denunzieren. Ihre willigen Helfer glauben, „das Werk des Herrn“ zu erfüllen, indem sie sich der dänischen Karikaturisten erwehren. Allen Ernstes begreifen sie ihr Tun als eine Verteidigungsmaßnahme gegen die Zersetzung der „islamischen Nation“, wie einst die willigen Helfer des deutschen Führers ihre Auftragsmorde als „Verteidigungs- und „Präventivmassnahme“ gegen die Zersetzung des deutschen Geistes und deutschen Volkes begriffen haben und meinten, mit ihrem Zorn die Richtigen zu treffen.

Bei den Nazis hieß es: „Du bist Nichts, Dein Volk ist alles“. Bei dem iranischen Führer Ahamadinedjad und den Imamen, die das Volk aufhetzen, heißt es: „Du bist nichts, die islamische Nation ist alles“. Sie trichtern den Menschen ein, dass sie als ungläubige Individuen nichts sind und sich zu recht ohnmächtig und verlassen fühlen. Rettung gibt es allein im rechten Glauben und gläubigen Kollektiv. Also fordern sie von die vielen Einzelnen: Opfere dein individuelles Selbst der islamischen Nation auf, und du bist durch das Opfer deines Selbst groß, machtvoll und strahlend wie die Bombe, die sich geopfert hat. Die Technik der faschistischen Propaganda ist immer dieselbe. Statt darauf hinzuwirken, dass die Menschen zu einem Bewusstsein ihrer realen Situation und der gesellschaftlichen Strukturen kommen, die sie ohnmächtig machen, statt sie darin zu unterstützen, gegebenenfalls auch die lebensgeschichtlichen Erfahrungen durcharbeiten, die dazu geführt haben, dass sie die reale Ohnmacht falsch zum subjektiven Gefühl eigener Schwäche, Hilflosigkeit und Minderwertigkeit und zu der falschen, dieses Gefühl bestätigenden „Erkenntnis“ verarbeitet haben, dass der Mensch von sich aus zu nicht Gutem und zu seinem Heile Führenden in der Lage sei, verstärken sie das Gefühl der eigenen Schwäche, Hilflosigkeit, der Angst und Minderwertigkeit noch. Die Menschen sollen ihre Angst und ihr verinnerlichtes Ohnmachtsgefühl als existenzielle Grundgegebenheit menschlicher Individuen begreifen lernen, aus der sie die nur jene höhere, von ihnen ganz und gar unabhängige, durch einen unüberbrückbaren Abgrund getrennte Macht erlösen kann. Sie sollen immer neu wieder spüren, dass sie als Individuen losgelöst von dieser höheren Macht nichts sind und nur im Bunde mit ihr, als ihr Vollstrecker, in der Lage sind, ein gerechtes Gemeinwesen in Form des Staates zu schaffen, in dem selbstverständlich nicht alle gleich sein können, sondern die Stellvertreter der höheren Macht auf Erden und ihre Exekutoren einer höheren Rang haben als all die anderen. Sie sollen dies so empfinden und sollen ihre Situation auf diese Weise falsch, aber in Übereinstimmung mit ihrem verinnerlichten Gefühl eigener Schwäche und Ohnmacht wahrnehmen. Sie sollen sich zutiefst „gekränkt“ und „erniedrigt“ fühlen, damit das süchtige Verlangen nach der autoritären Macht, die sie von oben herab aus dem Sumpf der Erniedrigung zieht, wächst, bis es kein Halten mehr gibt und sie sich dem, der sich als rettender politischer Heiland, Stellvertreter Gottes auf Erden, Wegbereiter des zwölften, verborgenen Imam, Führer des Volkes, aus dem unmittelbar der Wille des großmächtigen Kollektivs spricht, in Szene setzt, bedingungslos hingeben. Im Dienste der autoritären Macht erhalten sie dann ersatzweise etwas von dem zurück, was sie bei sich selbst vermissen und dürfen auch etwas von dem, was sie selbst erleiden mussten, an andere, die – unschuldig - schuldig gesprochen werden, weiter geben und sich dadurch „schadlos“ halten kann. Der himmlische Staat des ewigen Friedens

unter der Ordnung der Scharia nimmt sich des angeblich von den Karikaturen nicht aber von den maroden Herrschaftsverhältnissen „Gekränkten“ und „Erniedrigten“ an, zieht ihn zu sich empor, stellt ihn unter seinen himmlischen Schutz und ermutigt ihn, endlich einmal mit seiner himmlischen Macht im Rücken loszuschlagen gegen jene, die die himmlische Macht und die angeblich göttliche Ordnung, ihre Führerfiguren und religiösen Propagandisten denunzieren. Sie zeigt dem gekränkten und erniedrigten Knecht die Schuldigen. Schuldig sind danach diejenigen, die diesen herrischen Staat und seine Vollstrecker, die sich für berechtigt halten, im Namen Gottes als seine Stellvertreter auf Erden, als Gottkönige, Scheichs, Oberpriester oder als was auch immer über sie zu herrschen, nicht respektieren, sondern ihre Herrschaft respektlos kritisieren. Schuldig sind ferner die politische Freiheit und diejenigen Institutionen, die diese Freiheit schützen. Sie sollen nach dem Willen der Propheten des autoritären Staates verschwinden. Mindestens sollen sie so eingeschüchert werden, dass sich jeder potentielle Kritiker fortan aus Angst vor der zuschlagenden Macht, der er wegen des Versagens der Institutionen mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert ist, sich den Mund und die Feder verbietet. Gegen die Kritiker und die Institutionen, die die Freiheit der Kritik schützen, wird der „Volkszorn“ der Erniedrigten und Beleidigten gelenkt, der sich, wenn es besser werden soll, gegen die schlechte Herrschaft der Mullahs und Scheichs, ihre maroden Herrschaftsformen und gegen die kapitalistischen Verhältnisse zu richten hätte, von denen diese Herrschaften durch die Akkumulation eines unermesslichen abstrakten Reichtums in Form Bodenrenten, Profiten, umdeklarierten Zinsen etc. profitieren. Die Akkumulation dieses Reichtums, die private Aneignung der Mehrarbeit Ungezählter, bei wachsender Verelendung des größeren Teils der Bevölkerung in den arabischen Ländern ist der pure Hohn auf ihren inszenierten „Antikapitalismus“ und auf die gerechte islamische Nation und Staatsform, die sie als Heil propagieren. Man kann über dergleichen Propaganda nur noch lachen, würde einem das Lachen nicht vergehen, weil man erkennen muss, dass das mit der tatkräftige Hilfe seiner „eigenen“ Herren erniedrigte und in Unmündigkeit gehaltene Volk auf den inszenierten Antiamerikanismus und Antisemitismus ihrer Herren, der sich als Antikapitalismus ausgibt, immer wieder neu hereinfällt. Umso dringlicher ist es für die emanzipatorische Kritik, diesen verlogenen „Antikapitalismus“ zu denunzieren und den „antikapitalistischen“ Mullahs und Führern im Iran und ihren sunnitischen Ebenbildern ihr eigenes hässliches Gesicht vorzuhalten. Das haben die Karikaturen getan, und das ist gut so. Sie stehen damit den liberalen, demokratischen und freiheitlich-kommunistischen Kräften bei, die sich im Widerstand gegen den autoritären Staat, seine Oberpriester und ihren verlogenen reaktionären Antikapitalismus befinden.

Dass das den politischen Herren in Europa und ihren Mandarinen nicht gefällt, weil sie sich als Mächtige und Wertvolle, als die sich fühlen, das Einvernehmen mit den Mächtigen und „Wertvollen“ anderer Kulturen nicht nehmen lassen wollen, kann nicht verwundern. Das Geschäft über die Köpfe der Betroffenen hinweg, das einschließt, die europäisch-islamische Achse zu schmieden, damit Kerneuropa zur Weltmacht aufsteigen kann, soll ungestört weitergehen. Kerneuropa und insbesondere Deutschland, seine Politiker, Meinungsführer, Intellektuellen und Gelehrten haben in Krisenzeiten mehrheitlich nie auf Seiten der Freiheit gestanden und für sie gekämpft, sondern immer für die autoritäre, zuschlagende Macht votiert oder, um sich nicht den Mund zu verbrennen, geschwiegen, bis der Kampf zuungunsten des häufiger Besseren entschieden war und dann willig mit dem Schlechteren mitgemacht. Viel spricht dafür, dass das heute, wo die Zeichen der Krise sich mehren und wieder einmal eine starke autoritäre Macht auftritt, die verspricht, den Kapitalismus auf seiner eigenen Grundlage in den totalen, gerechten Staat aufzuheben, wieder so ist. Vielleicht hat der Kapitalismus, der nach Marx die Erde und den gesellschaftlichen Menschen zerstört, hierzulande wieder einmal ganze Arbeit geleistet und mit der Zerstörung des individuellen Menschen und seiner gesellschaftlichen Kräfte auch jene Widerstandskräfte zersetzt, die notwendig wären, damit die Menschen in der Krise dem autoritären Heilsversprechen des totalen Staates widerstehen können und sich für die bessere Praxis der individuellen und gesellschaftlichen Emanzipation von Herrschaft entscheiden? Aber noch ist die Sache nicht entschieden. Es gibt es die Chance, dem Umschlag in das sehr viel Schlechtere zu wehren. Die nächste Gelegenheit, in diesem Sinn aktiv zu werden, ist, sich dem Treiben der antisemitischen Allianz von Mahmud Ahamadinedjad und den deutschen Antisemiten von Rechts und Links entgegenzustellen, die sich entweder offen (rechts-deutsch) mit Ahamadinedjad solidarisieren oder (links-deutsch) seinen Drohungen, Israel zu vernichten und die Juden nach Europa zu vertreiben etwas Richtiges und Gutes (so Pirker in der „Jungen Welt“) abgewinnen können und nicht etwa, wie es richtig wäre, die Hamas und ihr Mordprogramm zum Verbrechen erklären, sondern - wie Paech und seine Genossen von der Linkspartei - gerade umgekehrt den Boykott des Verbrechens zum Verbrechen erklären. Die Gelegenheit, sich dieser antisemitischen Allianz entgegenzustellen, gegen den Antisemitismus jeglicher Provenienz und die deutschen Zustände zu demonstrieren gibt es beim WM-Spiel Iran - Portugal am 17. Juni. Denn zu diesem Spiel haben deutsche Antisemiten von rechts ihre Gefolgschaften eingeladen, um Ahamadinedjad und seine Gefolgschaft als „Gast unter Freunden“ willkommen zu heißen. Sie erfüllen damit den Willen der Bundesregierung, die durch Innenminister Schäuble wiederholt

hat verlautbaren lassen, der Shoa-Leugner, Israelhasser und eliminatorische Antisemit Ahamadinedjad sei zur WM in Deutschland „willkommen“. Die Regierung beteuert zwar, sie lehne die Leugnung der Shoa und die Vernichtungsdrohungen gegen den jüdischen Staat entschieden ab, aber trotz der verbal bekundeten Ablehnung sieht sie sich außerstande, dem neuen Hitler, der im Unterschied zum alten sein Vernichtungsprogramm noch nicht ausführen können, zur unerwünschten Personen zu erklären, sondern heißt ihn als „Gast unter Freunden“ willkommen, und die deutsche Opposition, die Linkspartei voran, stimmt ihr zu. Wieder einmal zeigt sich Deutschland als ein einziges Vaterland, das geschlossen hinter seiner Führung steht, wenn es darum geht, nur ja keinen Konflikt mit Vernichtungsantisemiten, die zur Macht gekommen sind zu riskieren und sich durch „das Judenproblem“ kein Geschäft verderben zu lassen. Das böse Doppelspiel der politischen Klasse in Deutschland, das ihre deutschen Ideologen „kritischen Dialog“ nennen, geht weiter – „bis alles in Scherben fällt“. Dem gilt es Einhalt zu gebieten und wie Frau Merkel, die ihren Worten keine Taten folgen lässt, zu Recht sagte, den Anfängen zu wehren.

John Hansen und Kim Hindevadts haben recht, wenn sie schreiben:

“Es ist ein Kampf mit starken Kräften auf beiden Seiten der Front: liberaler, westlicher Säkularismus auf der einen Seite und dogmatischer Islamismus auf der anderen. Der Konflikt hat gezeigt: Es kann keinen Kompromiss geben zwischen der Forderung der Islamisten, man dürfe dem Propheten nie zu nahe treten, und der westlichen Tradition, religiöse Dogmen seien nicht über alle Kritik erhaben. Es gibt nur entweder – oder.“

Ihr Buch ist Mitte Mai auf Dänisch erschienen, eine englische Übersetzung ist für den Herbst geplant. Es folgt der Auszug über ihr Buch aus der Weltwoche:

Die Wahrheit unterm Strich

John Hanson, Knut Hindevadts.

Die dänischen Mohammed-Karikaturen wären im Altpapier verschwunden, hätten Imame sie nicht als willkommenes Aufhetzmittel für Muslime benutzt. Zwei Journalisten der seitdem weltbekannten Jyllands-Posten über die Inszenierung einer Empörung.

Ein Sommerabend im Juni 2005. Der dänische Kinderbuchautor Kåre Bluitgen ist im Kopenhagener Trend-Vorort Frederiksberg zu einer Party mit alten Freunden aus der linken Szene eingeladen. Hier trifft Bluitgen einen Journalisten der dänischen Nachrichtenagentur Ritzau. Bluitgen erzählt ihm bei einem Bier, dass er dabei sei, ein Kinderbuch über den Propheten Mohammed zu schreiben. Allerdings habe er Probleme, einen Zeichner zu finden,

der es illustrieren wolle. Drei Zeichner hätten aus Angst vor gewalttätigen islamistischen Repressalien abgesagt.

Der Agenturjournalist wittert eine gute Geschichte. Einige Zeit später ruft er den Kinderbuchautor an, der inzwischen einen Zeichner gefunden hat. Dieser besteht allerdings darauf, im Hinblick auf seine eigene Sicherheit anonym zu bleiben. Später wird der Zeichner in einem Interview sagen: «Mir ist klar, dass es schwachsinnig ist, sich solch einem Fanatismus zu beugen, aber ich befürchte, dass man mir auf der Strasse auflauert und mir einen Schlag verpasst – oder etwas Schlimmeres.»

Die Sprengstofflieferung

Drei Monate nach der Sommerparty in Frederiksberg lanciert der Agenturjournalist seine Geschichte. Am Freitag, den 16. September, um vier Uhr schickt die Agentur Ritzau folgende Meldung an die dänischen Redaktionen: «Dänische Künstler haben Angst vor Kritik am Islam.» Die Angst der Zeichner wird unter anderem in einen Zusammenhang mit der Ermordung des niederländischen Filmregisseurs Theo van Gogh gestellt. Ebenso mit einem gewalttätigen Überfall auf einen Dozenten der Universität Kopenhagen, der vor seinen Studenten laut aus dem Koran vorgelesen hatte.

Der Artikel löst in den dänischen Medien eine intensive Debatte über Selbstzensur und Berührungsangst mit dem Islam aus. Der Vorsitzende des Schriftstellerverbands warnt laut vor einer Beschränkung der Meinungsfreiheit, und eine christliche Zeitung fordert die Zeichner in einem Leitartikel auf, Zivilcourage zu zeigen: «Zeichnet los!»

Die Diskussion ist auch bei einer Redaktionssitzung der Morgenavisen Jyllands-Posten, der grössten Zeitung Dänemarks, zentrales Thema. Am 16. September erörtern die Redaktoren, wie sie die Debatte im Blatt aufgreifen könnten. Einer der Journalisten fragt: «Wie wäre es, wenn wir sämtliche Mitglieder des Karikaturistenverbands anschrieben und fragten, ob sie Mohammed zeichnen?» Einige Kollegen sind der Ansicht, dass die Idee ein origineller Weg sei, um herauszufinden, ob es Probleme mit der Selbstzensur gebe oder nicht. Andere meinen, dass dies religiöse Gefühle dänischer Muslime unnötig verletzen würde.

Am selben Tag wird die Idee einem der Chefredaktoren von Jyllands-Posten und dem Ressortleiter Kultur, Flemming Rose, unterbreitet. Er schreibt an die etwa vierzig Mitglieder des Vereins der Zeitungskarikaturisten, bezieht sich auf die durch die Agenturmeldung entfachte Debatte und erklärt: «Morgenavisen Jyllands-Posten steht auf der Seite der Meinungsfreiheit. Wir möchten dich deshalb gern einladen, Mohammed so zu zeichnen, wie du ihn siehst.»

Zwölf Karikaturisten gehen auf die Aufforderung ein. Ihre Zeichnungen fallen, wie es in der Natur der Sache liegt, sehr verschieden aus. Einige gehen satirisch auf Kinderbuchautor Kåre Bluitgen ein, den sie verdächtigten, die Angelegenheit als PR-Trick für sein Werk inszeniert zu haben. Einer zeichnet den Propheten gar nicht erst, sondern lässt einen kleinen Jungen namens Mohammed auf eine Tafel schreiben: «Die leitenden Redaktoren von Jyllands-Posten sind ein Haufen reaktionärer Provokateure.»

Einer der eigenen Karikaturisten von Jyllands-Posten, Kurt Westergaard, ist überzeugt, dass die fundamentalistische Version des Islam den Selbstmordattentätern, die sich im Namen Mohammeds in die Luft sprengen, den geistigen Brennstoff liefert. Er war in den 1940er Jahren in einer fundamentalistisch-christlichen Gesellschaft aufgewachsen. Wiederholt hatte

er Jesus-Karikaturen in Jyllands-Posten veröffentlicht, die bei gläubigen Christen zornige Reaktionen ausgelöst hatten. Westergaard zeichnet den Propheten mit einer Bombe im Turban. Nach seinem Verständnis richte sich die Karikatur nicht gegen den Islam im Allgemeinen. Sie zielt allein auf die islamischen Extremisten, die ihre Religion für Terroranschläge missbrauchten.

In den nächsten Tagen erfahren die leitenden Redaktoren der Zeitung von mehreren Fällen von Selbstzensur im kulturellen Leben: Das Kunstmuseum Tate Britain in London entfernte ein Werk des Künstlers John Latham aus Angst vor muslimischen Reaktionen. Ein Museum im schwedischen Göteborg hatte sich ebenso verhalten. Die Übersetzer eines Buchs der niederländisch-somalischen Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali bestanden darauf, anonym zu bleiben. Und ein bekannter dänischer Komiker gab in einem Interview zu Protokoll, dass er Angst davor habe, mit einer Satire über den Islam aufzutreten.

Die Redaktoren nehmen auch eine Forderung eines dänischen Imam zur Kenntnis: Mahmud Fouad al-Barazi, der der Muslimischen Bruderschaft – der grössten islamistischen Bewegung im Nahen Osten – nahe steht, verlangte vom dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen, dieser solle sicherstellen, dass die Presse religiöse Themen nicht auf negative Weise aufgreife. Dies alles trägt dazu bei, das Karikaturenprojekt der Zeitung zu festigen.

Demokratischer Elektroschock

Besonders überzeugt von der Aktion ist Kulturchef Flemming Rose, der seit seiner Zeit als Korrespondent im kommunistischen Moskau einen starken Widerwillen gegen Einschränkungen des freien Worts hegt. Chefredaktor Carsten Juste ist weniger engagiert, will sich aber nicht widersetzen, da er die Karikaturen harmlos findet – ganz in der Tradition der dänischen Satire.

Die Zeichnungen werden am 30. September 2005 im Kulturteil von Jyllands-Posten gedruckt, begleitet von einem Artikel Flemming Roses, worin er den Hintergrund für die Aktion erläutert: «Einige Muslime lehnen die moderne, säkularisierte Gesellschaft ab. Sie beanspruchen eine Sonderbehandlung, wenn sie auf eine spezielle Rücksichtnahme auf eigene religiöse Gefühle bestehen. Das ist unvereinbar mit einer westlichen Demokratie und der Meinungsfreiheit, angesichts deren man sich damit abfinden muss, zur Zielscheibe von Hohn und Spott zu werden oder sich lächerlich machen zu lassen. Das ist zwar längst nicht immer sympathisch und leicht zu ertragen, und das bedeutet nicht, dass religiöse Gefühle um jeden Preis lächerlich gemacht werden sollen, aber die Möglichkeit [einer satirischen Kritik] gehört doch in diesen Kontext.

Die Erwartungen in der Redaktion von Jyllands-Posten sind unterschiedlich. Einige rechnen mit einer gewaltigen Debatte; sie sehen den Abdruck der Karikaturen als «demokratische Elektroschock-Behandlung» für Islamisten in Dänemark. Chefredaktor Carsten Juste und andere glauben hingegen nicht, dass daraus eine große Sache werden würde.

Die unmittelbare Reaktion erweist sich als beherrscht. Jenseits der Scheinwerfer der Medienwelt beginnt jedoch eine hitzige Diskussion im muslimischen Milieu Dänemarks. Die wenigsten haben die Zeitung zu Gesicht bekommen, und mehrere führende Muslime glauben nicht, dass es der Mühe wert sei zu protestieren – entweder weil ihnen die Karikaturen egal sind oder weil sie befürchten, dass gewalttätige Proteste dazu beitragen würden, die dänischen Muslime in ein schiefes Licht zu rücken. Der bekannteste Imam Dänemarks, der Palästinenser Ahmed Abu Laban, der über Verbindungen zur Muslimbruderschaft verfügt, erklärt in

mehreren vertraulichen Gesprächen, dass er bereit sei, beide Augen zuzudrücken.

Einige Imame meinen dagegen, die Verletzung sei so schwerwiegend, dass man ein Exempel statuieren müsse. Zugleich kritisieren sie diejenigen Muslime scharf, die mit ihnen uneins sind. Ihr Vorwurf: Illoyalität und Verwehrung der Verteidigung des Propheten.

Die eifrigsten Vorkämpfer für einen Protest der dänischen Muslime haben Verbindungen zu einer Moschee in Århus, die von der fundamentalistischen Organisation Gleichheit und Brüderlichkeit betrieben wird und früher wegen ihrer Kontakte zu Extremisten in die Schlagzeilen geriet – unter anderem zu einem dänischen Guantánamo-Häftling, Slimane Hadj Abderrahmane, und zum Syrer Abu Rached al-Halaabi, den die spanische Polizei mit den Anschlägen von Madrid 2004 in Verbindung bringt.

In der Moschee von Århus versammeln sich fünf Imame, unter ihnen Raed Hlayhel, um ihren Zorn zu teilen und einen Schlachtplan zu entwerfen. Jyllands-Posten ist ihnen seit langem ein Dorn im Auge, da die Zeitung verschiedentlich kritisch über ihre Aktivitäten berichtet hatte. Das Blatt hatte unter anderem ein Freitagsgebet wiedergegeben, in dem Raed Hlayhel – ein an der Universität in der saudi-arabischen Stadt Medina in den Scharia-Gesetzen ausgebildeter Palästinenser – forderte, Frauen müssten von Kopf bis Fuß bedeckt sein, auch wenn sie mit anderen Frauen zusammen seien. Auch die Formulierung, «dass Frauen ein Instrument des Satans gegen Männer» sein könnten, war in dem Gebet vorgekommen.

Zur Ehrenrettung des Propheten

Raed Hlayhel gewinnt den internen Machtkampf um die Strategie. Es gelingt ihm, zwei Tage nachdem die Karikaturen gedruckt worden sind, rund zehn islamische Organisationen zu einer Dringlichkeitssitzung in Kopenhagen zu versammeln. Hier wird er zum Vorsitzenden eines Komitees gewählt, das die Ehre des Propheten verteidigen soll. Die Teilnehmer des Treffens einigen sich auf eine Strategie mit insgesamt 19 Punkten. Zu den wichtigsten zählt: Die Imame und ihre Anhänger wollen die dänische Regierung verklagen. Sie beabsichtigen auch, die Botschafter der muslimischen Länder in Dänemark einzuschalten, an islamische Gelehrte in der ganzen Welt zu schreiben, die einflussreiche Al-Azhar-Universität in Kairo ebenso wie religiöse Führer in Mekka zu kontaktieren. Auch geht es darum, die bedeutsamsten Medien im Nahen Osten, darunter den Satellitensender Al-Dschasira, dazu zu bewegen, über die berüchtigten Zeichnungen zu berichten. Zugleich wollen sie Jyllands-Posten mit Beschwerden per SMS, E-Mail und Telefon bombardieren, Unterschriften in Moscheen sammeln, eine grosse Demonstration in Kopenhagen organisieren und die Möglichkeiten prüfen, auch gegen die Zeitung einen Prozess zu führen. Sie sprechen außerdem davon, die islamische Welt zu einem Boykott gegen dänische Waren zu bewegen.

Während die Imame ans Werk gehen, treffen bei Jyllands-Posten Morddrohungen ein. Die erste stammt von einem 17-jährigen Muslim, der bei der Zeitung anruft und behauptet, er habe Namen und Adressen sämtlicher Karikaturisten. Er droht, der erste von ihnen werde innerhalb von 14 Tagen sterben. Zwei Tage später wird der Mann verhaftet. Eine Woche darauf kommt es zu Morddrohungen gegen zwei namentlich bekannte Zeichner, die auf Aufforderung der Polizei untertauchen.

In den ersten zwei Wochen nach der Publikation der Karikaturen wird der Fall von den dänischen Medien jedoch weitgehend ignoriert. Den grossen Durchbruch bringt eine Demonstration auf dem Rathausplatz von Kopenhagen, bei der sich nach dem Freitagsgebet am 14. Oktober etwa 3000 Teilnehmer versammeln. Sie zeigt, dass es den Imamen nun

gelingen ist, Muslime für einen breiten Protest zu mobilisieren. Die Imame, die anfänglich zögerten, sehen sich gezwungen, sich der Kampagne anzuschliessen, um ihre Machtposition nicht zu gefährden. Nicht wenige Muslime erklären in Interviews, sie fühlten sich von den Karikaturen nicht sonderlich gekränkt – hätten jedoch den Eindruck, ihre Religion und ihre Kultur würden in Dänemark generell nicht respektiert und bei den Zeichnungen handle es sich um eine symbolische Angelegenheit, die sie einen könne.

Als die Imame am 24. Oktober in einer E-Mail an die Aktivisten der Kampagne eine Zwischenbilanz ziehen, können sie feststellen, dass ihre 19 Punkte im Grossen und Ganzen verwirklicht worden sind. Vor allem der Druck der Imame auf die Botschafter islamischer Staaten, gegen «das schreckliche Ereignis» einzuschreiten, wurde ein Erfolg. Die ägyptische Botschafterin Mona Omar Attia schenkt ihnen besonders Gehör. Sie ergreift die Initiative zu einem Brief an Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen, in dem die Botschafter sich über eine «Schmutzkampagne» gegen den Islam und Muslime in Dänemark beklagen.

Sie bitten die Regierung, «mit den Verantwortlichen im Hinblick auf die Gesetze des Landes ins Gericht zu gehen» und die «notwendigen Schritte» zu unternehmen, um eine Schmähung des Islam zu verhindern. Zugleich ersuchen sie wegen des «empfindlichen Charakters» der Angelegenheit um ein Dringlichkeitstreffen. Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen legt in seiner Antwort die Prinzipien dar, die der Meinungsfreiheit und den Blasphemiegesetzen in Dänemark zugrunde liegen. Er nimmt jedoch nicht zur Bitte der Botschafter um ein Treffen Stellung, da er der Ansicht ist, ihre Forderung, er solle gegenüber der Presse eingreifen, stelle eine falsche Grundlage für eine Diskussion dar.

Ein pädophiler Teufel

Rasmussens liberale Einstellung ruft bei den Botschaftern und ihren Regierungen in der islamischen Welt große Verbitterung hervor. Später sollte sich der dänische Ministerpräsident der Kritik ausgesetzt sehen, er hätte die Eskalation des Konflikts vielleicht verhindern können, wenn er den Protesten mehr Gehör geschenkt hätte. Andere werden Rasmussen loben, nicht vor dem Druck «totalitärer Regime» im Nahen Osten in die Knie gegangen zu sein.

Vor allem Ägypten reagiert scharf auf seine Antwort. Die Ägypter sind seit einiger Zeit irritiert über die Rolle Dänemarks. Sie sind der Ansicht, der Ministerpräsident habe seine Rolle als enger Alliiierter der USA überstrapaziert. Ebenfalls missfallen hat Kairo, dass Rasmussen bei einem Besuch im Frühjahr 2005 darauf bestand, sich mit der ägyptischen Opposition zu treffen.

Die ägyptische Regierung hat noch ein weiteres Motiv für eine harte Position gegenüber Dänemark: Sie befindet sich mitten im Wahlkampf und steht unter starkem Druck der Islamisten in der Muslimbruderschaft. Sie hat ein dringendes Bedürfnis, sich mit religiösen Standpunkten zu profilieren. Mit Unterstützung der staatlich kontrollierten Medien gelingt es im November und Dezember, die Angriffe durch die dänische Zeitung zu einer Angelegenheit des ganzen Volks zu machen und von der Regierung ein Bild als Wächter des Islam zu zeichnen.

Ägyptens Aussenminister Ahmad Aboul Gheit versucht zugleich mit aller Macht, den Fall in der internationalen Gemeinschaft zur Sprache zu bringen. Mit grossem Erfolg bringt er sowohl die Vereinten Nationen als auch die Arabische Liga und die islamische Weltorganisation, die Organization of the Islamic Conference (OIC), dazu, sich einzuschalten.

«Es ist das Ziel, so eine Entschuldigung zu erreichen, einen Stopp derartiger Handlungen und eine Entwicklung in Gang zu setzen, dass Europa seine Einstellung zu solchen Themen ändert», sagt Gheit am 15. November der Nachrichtenagentur Reuters.

Die OIC und die Arabische Liga haben ein klares Ziel: Über Jahre hatten die beiden Organisationen auf ein internationales Verbot gegen «Kränkung» von Religion im Allgemeinen und dem Islam im Besonderen hingearbeitet – unter anderem durch Uno-Resolutionen, denen sich die EU-Staaten widersetzen, weil sie glauben, dass dies die Meinungsfreiheit einschränke.

Die Version der Meinungsfreiheit, die die Mitgliedsländer der OIC verwirklicht haben wollen, geht aus der Kairo-Deklaration über Menschenrechte hervor, die 1990 verabschiedet worden ist: «Alle haben das Recht, ihre Meinung frei auf eine Weise auszudrücken, die der Scharia nicht zuwiderläuft.» Es ist also das Ziel, dass islamische Gesetze auch die Grenzen der westlichen Meinungsfreiheit definieren sollen. Aus Sicht der OIC könnte eine gewaltige Protestwelle dazu benutzt werden, Druck auf die EU-Staaten auszuüben, um sie dazu zu bewegen, eine Resolution und eine Verschärfung der europäischen Blasphemiegesetze zu akzeptieren.

Im Herbst 2005 geht die ägyptische Botschaft in Kopenhagen eine Allianz mit Raed Hlayhel, Ahmed Abu Laban und den übrigen Imamen ein, die den Protest in Dänemark lenken. Die Botschaft hilft den Imamen, Delegationsreisen unter anderem nach Ägypten, in den Libanon und nach Syrien zu arrangieren, wo sie Zugang zu einflussreichen Politikern, Religionsführern und tonangebenden Medien erhalten.

Im Gepäck haben die Imame einen Stapel mit Exemplaren einer Mappe, die ihre Kränkung dokumentieren soll. Aber sie begnügen sich nicht damit, die Zeichnungen aus Jyllands-Posten zu zeigen. Sie zeigen ebenso eine Reihe grober Bilder, die dänischen Muslimen angeblich anonym zugesandt worden seien: der Prophet als pädophiler Teufel mit einem Horn auf der Stirn. Der Prophet mit Schweineohren. Und der Prophet beim Sex mit einem Hund.

Viele Medien im Nahen Osten unterscheiden nicht zwischen den beiden Kategorien von Bildern. Sie schreiben bloß, dänische Medien hätten Mohammed als Schwein dargestellt. (Bei der angeblichen «Schweine-Karikatur» handelt es sich tatsächlich um ein Foto vom alljährlichen Schweine-Grunz-Festival, veranstaltet von fröhlichen südfranzösischen Bauern, was nichts mit dem Islam oder Islamkritik zu tun hat.) Im Zusammenhang mit den Delegationsreisen aus Dänemark taucht eine Reihe Fehlinformationen auf – zum Beispiel, dass es um 120 Zeichnungen gehe und dass die dänische Regierung dahinterstecke. Unabhängig davon, wer die Verantwortung für diese Kampagnen trägt, ist nicht zu übersehen, dass die Reisen der Imame das Ziel haben, ein Feuer im Nahen Osten zu entfachen.

Maßgebend beteiligt beim Schüren dieses Feuers ist der ägyptische Außenminister Gheid. Er sorgt dafür, dass die umstrittene Mappe im Dezember beim Gipfeltreffen der OIC in Mekka verteilt wird. Dort werden die Zeichnungen indirekt in einer Resolution verurteilt; die Staats- und Regierungschefs diskutieren auf den Fluren angeregt über die Angelegenheit. Die dänische Regierung ist sich darüber im Klaren, dass sie einer Allianz mächtiger Gegner gegenübersteht – von den Islamisten in der Muslimbruderschaft bis zu den säkularen, aber totalitären Regimen im Nahen Osten. Auch in Dänemark geraten sowohl die Regierung als auch Jyllands-Posten unter wachsenden Druck.

In den ersten Wochen nach der Publikation waren sich Politiker und Meinungsführer im

Grossen und Ganzen darin einig, die muslimischen Forderungen zurückzuweisen, dass sich Jyllands-Posten entschuldigen und die Regierung eingreifen solle, um die Zeitung zurechtzuweisen. Eine Meinungsumfrage im November hatte gezeigt: 57 Prozent der Dänen meinten, es sei «richtig» gewesen, die Zeichnungen zu bringen, 31 Prozent hielten das für «falsch».

Ägypten lässt nach

Aber nach und nach wurde die Kritik an Jyllands-Posten schärfer und unversöhnlicher. Die Zeitung wurde unter anderem beschuldigt, es sei ihr nur darum gegangen, Muslime zu verhöhnen, und dass die Veröffentlichung der Zeichnungen eine rassistische Handlung darstelle. Eine Reihe Linksintellektueller hatte anfangs das Recht der Zeitung verteidigt, die Zeichnungen zu drucken. Doch die Unterstützung schwand schnell, als man entdeckte, dass die Sache für innenpolitische Angriffe auf den bürgerlichen Ministerpräsidenten Rasmussen ausgeschlachtet werden konnte: Er beharrte auf seinem Standpunkt, Respekt vor Religion dürfe nicht dazu führen, «den Möglichkeiten der Presse zu Kritik, Humor und Satire Fesseln anzulegen».

Anfang Januar sieht es jedoch nach einem Ende der Krise aus. Unter anderem kommen versöhnliche Signale von der ägyptischen Regierung, die nach der Wahl nicht mehr das gleiche Bedürfnis hat, sich zu profilieren. Aber dies sollte sich bloß als Ruhe vor dem Sturm erweisen. Andere Akteure haben ein starkes Interesse, einen größeren Protest gegen die Zeichnungen hervorzurufen.

Die staatlich kontrollierten Imame in Saudi-Arabien sind die Ersten. In der heiligen Stadt Mekka feiert man am 10. Januar das Opferfest Eid al-Adha, das den Abschluss der jährlichen Pilgerzüge markiert. Imam Abdul Rahman hat für seine Predigt das grösste muslimische Publikum der Welt: Zwei Millionen hören ihm in Mekka zu. Weitere hundert Millionen können die Predigt in Live-Übertragungen auf arabischen Satellitensendern verfolgen. Sie hören Abdul Rahman Alsidis Rede über Angriffe der Medien auf den Islam und den Propheten. Ohne Dänemark und Jyllands-Posten beim Namen zu nennen, fordert er die Muslime auf, sich dem zu widersetzen, was er «zielgerichtete Kampagne gegen den Propheten Mohammed» nennt.

Einsames Dänemark

Beobachter haben mehrere Erklärungen für die saudischen Motive: Die alleinherrschende Königsfamilie sieht sich ständiger Kritik von Fundamentalisten wegen Korruption sowie dekadenter und unislamischer Lebensweise ausgesetzt. Al-Qaida-Führer Osama Bin Laden ist ihr extremistischster Kritiker. Deshalb kann das Regime eine «harmlose» Geschichte wie die der dänischen Mohammed-Zeichnungen gebrauchen, um sich als wahrer Verteidiger des Propheten zu profilieren – und um gleichzeitig davon abzulenken, dass sich die Sicherheitsvorkehrungen während der Pilgerzüge einmal mehr als unzureichend erwiesen hatten. 362 Pilger haben wenige Tage zuvor bei einem Unfall ihr Leben verloren.

In den nächsten Tagen lässt Saudi-Arabien den Protest eskalieren – in den Medien des Landes, in den Moscheen, wo die Karikaturen zu einem festen Thema während der Freitagsgebete werden, und in den Supermärkten, wo es einen breiten Zulauf für einen umfassenden Boykott dänischer Waren gibt.

Gleichzeitig betritt ein 79-jähriger Prediger aus Katar die Bühne: Der in Ägypten geborene Yusef al-Qaradawi ist einer der einflussreichsten religiösen Führer der islamischen Welt. Als Jugendlicher war er im Kampf der Muslimbruderschaft gegen das damalige Königtum in Ägypten aktiv, und er sass mehrfach im Gefängnis, bevor er nach Katar flüchtete. Heute wird er von vielen als inoffizielles geistliches Oberhaupt angesehen. Von seiner Zentrale in Katar aus hat er sich eine Reihe wichtiger Kontakte aufgebaut, um auf Muslime sowohl in den islamischen Ländern als auch in Europa Einfluss auszuüben: Er hat sein eigenes Programm auf Al-Dschasira und seinen eigenen Nachrichtenkanal im Internet, Islamonline. Und er hat zwei Organisationen gegründet, die er selbst anführt: den Europäischen Rat für Fatwa und Forschung und die internationale Union muslimischer Gelehrter.

Über letztgenannte Organisation schreitet al-Qaradawi zum Kampf gegen die Mohammed-Zeichnungen. In einer Erklärung vom Samstag, den 21. Januar, droht er damit, die Muslime der Welt dazu aufzufordern, Dänemark zu boykottieren – es sei denn, die Regierung greife «hart» gegen die Kränkungen des Propheten in den Medien durch. Die Erklärung ist als letzte Warnung gemeint: al-Qaradawi werde einen Sturm des Zorns entfachen, wenn man den Forderungen nach Eingriffen gegenüber den Medien nicht nachkomme.

Als sich die Aussenminister der EU am 30. Januar in Brüssel treffen, ist die Unterstützung für Dänemark schwach. Mehrere Aussenminister deuten an, Dänemark habe die Möglichkeiten, den Konflikt selbst zu lösen, ungenutzt verstreichen lassen. Luxemburgs Aussenminister Jean Asselborn sagt unumwunden, er sehe die Angelegenheit «eher als ein dänisches denn als ein europäisches Problem» an. Österreichs Aussenministerin Ursula Plassnik kritisiert die Mohammed-Karikaturen, indem sie in einer Rede erklärt, «Äusserungen und Handlungen, die eine Religion auf anstössige Weise herabsetzen, sollten klar verurteilt werden». Eine Hand voll EU-Kommissare gehen in derselben Woche eindeutig auf Abstand.

Freitag, der 3.

Auch die USA bilden keine gemeinsame Front mit Dänemark. Im Laufe eines einzigen Tages verwenden drei verschiedene Sprecher des amerikanischen Aussenministeriums Wörter wie «inakzeptabel», «verletzend» und «anstössig». Einer von ihnen, Kurtis Cooper, geht sogar so weit, dass die Nachrichtenagentur Reuters titelt: «USA unterstützen Muslime in europäischem Karikaturenstreit».

Dänemark steht ziemlich allein da – eine wesentliche Ursache für die wachsende Empörung über die Zeichnungen, meint der Grossmufti von Jerusalem, Ekrima Sabri, in einem Interview: «Dänemark ist ein leichtes Opfer. Ein kleines Land, das keinerlei entscheidende Bedeutung für die arabischen Länder hat. Deshalb macht sich niemand etwas daraus, dass die Proteste weitergehen.

In diesem Klima legt Yusef al-Qaradawi noch einmal nach und ruft die Muslime in aller Welt nun ernsthaft zum Kampf auf: «Lasst uns Freitag, den 3. Februar, zu einem Tag mit weltumspannenden muslimischen Protesten gegen die anstössige Kampagne gegen Allah und seinen Propheten Mohammed (Friede sei mit ihm) machen.» Al-Qaradawis Nachrichtendienst Islamonline nennt jenen 3. Februar schon im Voraus «Tag des Zorns».

Seine Aufforderung findet Gehör: Überall sind die Mohammed-Zeichnungen Thema der Freitagsgebete – von europäischen Grossstädten wie London und Lyon bis in muslimische Länder wie den Sudan, Pakistan und Indonesien. In mindestens 13 Staaten folgen den Freitagsgebeten Demonstrationen gegen die Zeichnungen des Propheten. Zugleich fordern die

Imame die gläubigen Muslime der Welt auf, ihren Zorn durch einen Boykott der Länder auszudrücken, die die Zeichnungen druckten.

Es geht auch klar aus der Rhetorik hervor, besonders in den arabischen Freitagsgebeten, dass viele den «Tag des Zorns» als eine Chance sehen, die Umma zu formieren – die islamische religiöse Nation, die im Prinzip alle Muslime umfasst, ungeachtet der Nationalität oder islamischen Glaubensrichtung

Yussef al-Qaradawi sagt es selbst in seinem Freitagsgebet im heimischen Katar: «Die ganze Umma soll zornig sein und sich erheben, um ihren Zorn auch zu zeigen...Zorn ist notwendig. Wir sind keine Nation von Eseln. Wir sind eine Nation von Löwen.»

Brennende Botschaften

An Freitagsgebeten wird unumwunden zur Gewalt aufgerufen: So wendet sich Scheich Badr Bin Nader al-Mashari, ein Imam aus Riad, in einer Rede, die über islamische Internetseiten verbreitet wurde, an die Muslime in aller Welt: «Brüder, dies ist ein Krieg gegen den Islam. Greift zu euren Schwertern...Wo sind eure Waffen? Eure Feinde haben auf dem Propheten herumgetrampelt. Erhebt euch!»

In der indonesischen Hauptstadt Jakarta greifen Demonstranten an diesem Freitag erstmals eine dänische Botschaft an.

Die Lunte ist nun gezündet – und dänische Imame fachen das Feuer noch einmal an: Bereits einige Tage vor dem «Tag des Zorns» erzählte Mahmud Fouad al-Barazi dem Fernsehsender Al-Dschasira von angeblichen Plänen extremistischer Dänen, den Koran auf dem Rathausplatz von Kopenhagen verbrennen zu wollen. Moderatere Imame versuchten über arabische Medien, die Geschichte aus der Welt zu schaffen, indem sie betonten, es sei nur von Gerüchten die Rede.

Doch am Morgen des 4. Februar, dem Samstag nach dem «Tag des Zorns», taucht die Geschichte wieder auf, nun im von al-Qaradawi kontrollierten Internetmedium Islamonline. Imam Raed Hlayhel aus Århus, der die Initiative zum Protest ergriffen hatte und Vertreter des unversöhnlichsten Kurses ist, behauptet, dass dänische Rassisten am Nachmittag desselben Tages den Koran bei einer Demonstration in Hillerød, einer Stadt nördlich von Kopenhagen, verbrennen wollten. «Es wird der Teufel los sein, wenn diese Extremisten den Koran verbrennen», sagt Raed Hlayhel.

An jenem Samstag endet eine Demonstration in der syrischen Hauptstadt Damaskus damit, dass die Botschaften Dänemarks und Norwegens angegriffen und in Brand gesetzt werden. Augenzeugen berichten, dass es SMS über die geplante Verbrennung des Korans in Dänemark waren, die eine bis dahin relativ friedliche Demonstration außer Kontrolle gebracht hatten. Am Tag danach – am Sonntag, den 5. Februar – verüben Demonstranten Brandanschläge auf Dänemarks Botschafterbüro in Beirut, Libanon. Am Montag wird die dänische Botschaft in der iranischen Hauptstadt Teheran mit Brandbomben angegriffen. Von dem Zeitpunkt an breiteten sich die Proteste über die ganze Welt aus.

Es gibt nur entweder – oder

Im Laufe des März und April hören die Demonstrationen auf, und die Diplomaten kehren auf ihre Posten zurück. Der Boykott dänischer Waren ebbt ab. Die Verhältnisse werden normaler.

Nicht aber für die zwölf Zeichner. Für sie ist der Alltag nicht zurückgekehrt. Sie leben weiter unter Polizeischutz und sind gezwungen, eine Anonymität aufrechtzuerhalten, die es einigen von ihnen schwer macht, ihrem Beruf nachzugehen. Die dänische Polizei ermittelt wegen mehr als 150 Todesdrohungen gegen sie. Und die Drohungen von ausländischen Extremisten scheinen sich ins Unendliche fortzusetzen: Al-Qaida-Führer Osama Bin Laden verlangt Ende April eine Auslieferung der Zeichner, damit er sie vor ein islamisches Gericht stellen könne. Und in der internationalen Presse heisst es, Mordkommandos seien aus Afghanistan oder Pakistan auf dem Weg, um dem Leben der Karikaturisten ein Ende zu setzen.

Die zwölf Zeichner sind die Hauptverlierer in dem Wertekampf, der den Kern des Karikaturenstreits darstellt. Es ist ein Kampf mit starken Kräften auf beiden Seiten der Front: liberaler, westlicher Säkularismus auf der einen Seite und dogmatischer Islamismus auf der anderen.

Der Konflikt hat gezeigt: Es kann keinen Kompromiss geben zwischen der Forderung der Islamisten, man dürfe dem Propheten nie zu nahe treten, und der westlichen Tradition, religiöse Dogmen seien nicht über alle Kritik erhaben. Es gibt nur entweder – oder.

Der Karikaturenstreit ist in seinem Innersten ein politischer Kampf. Und er hat vorerst mit einer Dreiviertelniederlage der Islamisten geendet: Ihre Forderung nach einer vorbehaltlosen Entschuldigung und neuen Regeln, die garantieren, dass islamische Symbole künftig keine Kränkung mehr erfahren, bekamen sie nicht erfüllt.

Aber sie haben zugleich einen Viertelsieg errungen: Alle, die nicht zum Selbstmord neigen, werden in Zukunft extravorsichtig auftreten, wenn sie sich dem Thema Islam nähern.

Der Karikaturenstreit war allerdings nur die erste Runde. In den nächsten Jahren wird es mehrere ähnliche Kämpfe über Werte geben. Sie müssen sich nicht genauso gewaltig abspielen. Aber sie haben das Potenzial, sich noch explosiver zu entwickeln.

Aus dem Dänischen von Frank Jung

John Hansen, Kim Hundevadt: Provoen og Profeten (Der Provokateur und der Prophet). Das Buch ist Mitte Mai auf Dänisch erschienen. Eine englische Übersetzung ist für den Herbst geplant.

(c) 2006 by Die Weltwoche, Zürich - E-mail: webmaster@weltwoche